Bezugspreis:

Bestellpreis 20.- M., monatlich 1.50.- M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Voll“ erscheint wöchentlich zweimal...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 31. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Frankreichs Forderungen für Breslau.

Berlin, 31. August. (D. N.) Heute mittag wird die französische Note, welche die Forderungen Frankreichs wegen der Breslauer Vorgänge enthält, in Berlin überreicht werden.

Paris, 31. August. (Holländisch Neustadt.) Der deutsche Botschafter in Paris, Rayer, hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er die Leitung der Botschaftergeheißte wieder übernommen habe.

Zum Breslauer Skandal.

Breslau, 31. August. Die letzten Blätter zufolge hat der Regierungspräsident für die Ermittlung der Personen, die als Mordführer, Teilnehmer oder Helfershelfer bei den jüngsten Vorgängen im polnischen und französischen Konsulat in Betracht kommen, eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

Paris, 31. August. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ berichtet über eine Unterredung mit dem französischen Konsul in Breslau, Terzer. Dieser hatte den Eindruck, daß die Breslauer Manifestanten tatsächlich als Arbeiter verkleidete Studenten seien.

Die Polen in Augustowo.

Warschau, 31. August. (Z.N.) Russischer Heeresbericht vom 30. August: Unsere Abteilungen marschierten am 29. d. M. unter dem Jubel der Bevölkerung in Augustowo ein.

Rowno, litauischer Generalkommandobericht vom 30. August. Im Süden Zusammenstoß litauischer Truppenteile mit den Polen; diese besetzten Augustowo.

Die polnischen Gegenanschläge.

Moskau, 30. August. (Durch Funkdruck.) Die polnischen Gegenanschläge zu den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen befragen unter anderem:

Zu Punkt 1. Die Sowjetregierung muß die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen.

Zu Punkt 2. Die Abfuhr der polnischen Bevölkerung, die in den polnischen Gebieten der Sowjetunion wohnt, muß als eine Entwürdigung des polnischen Volkes angesehen werden.

Zu Punkt 3. Die Abfuhr der polnischen Bevölkerung, die in den polnischen Gebieten der Sowjetunion wohnt, muß als eine Entwürdigung des polnischen Volkes angesehen werden.

Zu Punkt 10. Polen behält sich das Recht vor, allein an der Grenze ein Heer von 200 000 Mann zu halten.

denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht, was Polen, als ein echt demokratisches Reich, schon lange heiß ersehnt hat.

Warschau, 31. August. (Z.N.) Da die polnische Regierung nach den bisherigen Erfahrungen weitere Verhandlungen in Wien als aussichtslos ansehen mußte, erhielt ein Teil der polnischen Delegation die Anweisung, zwecks mündlicher Berichterstattung nach Warschau zurückzukehren.

Wrangel geschlagen.

London, 31. August. Kamenev teilte mit, daß die Bandenstruppen des Generals Wrangel im Kuban-Gebiet vollständig vernichtet worden sind.

London, 30. August. In einem Funkdruck an Kamenev sagt Tschitscherin: Unser Vormarsch gegen General Wrangel dauert fort; im ganzen Gouvernement Laurien zieht sich General Wrangel gegen die innere Krim zurück.

Paris, 30. August. „Daily Herald“ veröffentlicht nach Stockholmer Berichten Einzelheiten über ein angebliches Abkommen des Generals Wrangel mit der französischen Regierung.

Die skandinavische Ministerkonferenz.

Stockholm, 30. August. (Evenska Telegrambyran.) In der von der skandinavischen Ministerkonferenz ausgegebenen amtlichen Mitteilung heißt es u. a., daß volle Übereinstimmung über sämtliche Beratungsgegenstände herrsche.

Der Bürgermeister von Cork entlassen.

London, 31. August. (Z.N.) Der Bürgermeister von Cork ist aus dem Gefängnis entlassen worden.

New York, 31. August. (Z.N.) Dem Bürgermeister von Cork wurde folgendes Telegramm gesandt: „Empfange die Sympathie und Unterstützung von vierhunderttausend amerikanischen Bürgern.“

Das spanische Kabinett ist zurückgetreten. Ministerpräsident Dato begab sich zum König, um mit diesem die Lage zu besprechen.

Eingelegter Preis:

Die abendliche Ausgabe des „Vorwärts“ kostet 20 Pfennig. ...

Der eisernde Prophet.

Vor kurzem besprachen wir an dieser Stelle die Schrift des Bolschewisten Schlapnikow über das Verhältnis des Bolschewismus zu den Gewerkschaften.

Schlapnikow ist einer der kleineren Propheten aus Moskau; zu den größeren gehört Sinowjew. Als Vorsitzender des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationalen hat er ein Sendschreiben an die Gewerkschaften aller Länder herausgegeben.

Sinowjew beginnt mit dem Vorwurf gegen die Gewerkschaften, daß sie trotz ihrer 10 Millionen Mitglieder dem Ausbruch des Krieges keinen Widerstand geleistet hätten.

Der eisernde Prophet Sinowjew weiß viel Schlimmes von den Gewerkschaften:

„Die von den Regierungen geführten, sogenannten „freien“ Verbände verschmolzen sich tatsächlich mit den verräterischen gelben Verbänden, den Streikbrecherorganisationen.“

Sinowjew läßt Parität, sein Horn trifft nicht die Deutschen allein, die Gewerkschaften und ihre Führer im ganzen „verkauften Westen“ sind schlecht; nur Rußland steht rein und fleckenlos da.

Es steht aber auch wirklich schlimm mit den Gewerkschaften, und nur die Beschattung mit dem russischen Geist kann sie aus dem Sumpf erheben.

„Die neue Gewerkschaftsbewegung muß alle Ueberbleibsel der zünftigen Engheit über Bord werfen.“

Vor allem müssen sie die von bürgerlichen Ideen angelegte Schicht der bürokratischen Führer aus ihren Reihen vertreiben und bei sich ein Reinemachen vornehmen.

Die kommunistische Internationale wird die Gewerkschaftswelt aus dem Sumpf erlösen.

Der gelben Internationale der Gewerkschaften, welche die Agenten der Bourgeoisie in Amsterdam, Washington und Paris wiederzuerichten beabsichtigen, müssen wir eine wahrhaft proletarische, Hand in Hand mit der Dritten kommunistischen Internationale arbeitende rote Internationale der Gewerkschaften entgegenstellen.

Verzückten Auges sieht Sinowjew die Massen dem neuen Evangelium zustromen. Nicht nur in Deutschland lehren eine Anzahl von Gewerkschaften den gelben Sozialdemokraten den Rücken und geht auf die Seite der proletarischen Revolution über; in Italien stehen die Gewerkschaften fast ausnahmslos auf dem Boden der Sowjetmacht; in Skandinavien nimmt die proletarische revolutionäre Strömung mit jedem Tage zu; in Frankreich, England, Amerika, Holland und Spanien fordern die Massen der Gewerkschaften neue revolutionäre Methoden; in Russland unterstützen 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder die proletarische Diktatur voll und ganz, und in den Balkanländern ist die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder zu den kommunistischen Parteien in enge Organisationsbeziehungen getreten.

Die Exekutive der kommunistischen Internationale wünscht, daß auch die auf revolutionärem Boden stehenden Gewerkschaften an den Kongressen der kommunistischen Internationale teilnehmen und zu einem Bestandteil dieser Internationale werden. Sie ist fest überzeugt, daß die erblichen Proletarier die ihnen von der kommunistischen Internationale entgegenstreckte Hand mit festem Druck ergreifen werden.

Für die schweizerischen Gewerkschaften wird dieses eigenartige Liebeswerben durch die „Gewerkschaftliche Rundschau“ deutlich und entschieden abgelehnt. Sie sagt, daß „mit diesen maßlosen Beschimpfungen und mit dieser überheblichen Selbstgerechtigkeit“ auf die Schweizer Gewerkschaften kein Eindruck zu machen ist. Die „Gewerkschaftliche Rundschau“ beweist insbesondere die Schiklofigkeit der Annahme, als ob in den verschiedenen von Sinowjew genannten Ländern eine solche Reigung für den Bolschewismus vorhanden wäre, wie dessen Apostel vermuten. „So wie die Dinge bisher lagen“, heißt es in dem Aufsatz, „wird man uns nicht zumuten, in den Russen die Vorbilder der Gewerkschaftsbewegung und unsere Lehrmeister zu sehen. Wir lehnen es strikte und entschieden ab, uns unsere Taktik, sei es von Russland, sei es von Comper, vorschreiben zu lassen.“

Der gleichen Auffassung dürften auch die deutschen Gewerkschaften sein. Diese Art, wie die Russen für ihre Ideen werben, muß geradezu abstoßend auch auf jene wirken, die mit den deutschen Gewerkschaftsmethoden nicht völlig einverstanden sind. Gewiß gibt es auch in Deutschland perverse Naturen, die mit Jubel den russischen Stiefel küssen. Wie es unter dem alten Regime bei unseren Machthabern zum guten Ton gehörte, nur in tiefer Ehrfurcht nach Russland zu blicken und im Baren den Hort aller Reaktion zu verehren, so gibt es jetzt Revolutionäre, die alles Heil von Moskau erwarten. Dieses Wettkämpfen hat die russischen Machthaber übermütig gemacht, die neuen Machthaber wie die alten. Demgegenüber gilt es die eigene Würde zu wahren.

Wir wollen die Russen gern nach ihrer Fasson leiten werden lassen. Wir würden es für beide Teile als nützlich begrüßen, wenn recht bald wieder wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Russland angeknüpft würden. Wir würden es auch gern sehen, wenn zwischen den sozialistischen Parteien ebenso wie zwischen den Gewerkschaften aller Länder freundschaftliche Beziehungen unterhalten würden. Aber gerade im Hinblick auf die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften ist es besonders notwendig, daß man es jedem Lande überläßt, die Form seiner Organisation und die Methode der Kampfführung selbst zu bestimmen. Die gewerkschaftliche Internationale ist nur denkbar als eine Demokratie, ein Verein gleich-

berechtigter Mitglieder. Der Bolschewismus verwirft die Demokratie, er schwört auf die Diktatur und seine gewerkschaftlichen Kundgebungen atmen diesen Geist. In der gewerkschaftlichen Welt wird wohl nirgends Reigung vorhanden sein, sich unter die Herrschaft der russischen Diktatur zu begeben. Außer — doch lassen wir die deutschen Unabhängigen lieber sich selbst dazu äußern.

Verhandlungen in Württemberg.

Stuttgart, 31. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Montag behalte sich der Streik weiter aus auf die Orte Göppingen, Eßlingen, Reutlingen und Rüdningen. In Stuttgart setzte die Technische Rothlöse Gas- und Elektrizitätswerk wieder in Betrieb. Die Wasserwerkverfassung war überhaupt nicht geändert. Die Organe der Zentrumpartei und des Bundesverbandes sind erschienen, ebenso ein gemeinsames Nachrichtenblatt der bürgerlichen Presse und der Regierung. Einzelne größere Kaufhäuser wurden im Laufe des Tages durch Streikende zum Schließen veranlaßt. Die Mehrzahl der Geschäfte und Wirtschaften war geöffnet. In der allgemeinen Situation trat eine gewisse Entspannung ein. Die Sonntag vormittag zusammengetretenen Betriebsräte des Groß-Stuttgarter Industriebezirks beschließen, unter dem Druck der Verhältnisse die Forderung der Verweigerung des Steuerabzuges fallen zu lassen, wenn die Regierung über die anderen Forderungen mit sich verhandeln lasse. Die Regierung erklärte sich hierzu bereit.

Heute, Dienstag, vormittags 11 1/2 Uhr sollen die Verhandlungen zwischen Arbeitsausschuß, Regierung und Unternehmervertretern beginnen. Versuche der kommunistischen Partei, die Abhaltung der Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, wurden von der Mehrheit der Betriebsräte abgelehnt. Im übrigen ereigneten sich keine Zwischenfälle. Post und Eisenbahn sind nach wie vor in Betrieb.

Enlarvter Orgeß-Schwindel.

Sie ist auch für Ostpreußen verboten.

Das Telegramm der „Telegraphen-Union“ über die angebliche Anerkennung der Orgeß in Ostpreußen, das wir im heutigen Morgenblatt besprochen, hat sich, wie wir sofort vermuteten, als der übliche Orgeß-Schwindel und Bluff erwiesen. In der „Deutschen Tageszeitung“ wird dieser Schwindel in einer noch etwas größeren Aufmachung fortgesetzt. Von zuständiger Stelle wird durch die P. P. R. hierzu bekanntgegeben:

Durch die „A.L.“ wird aus Königsberg eine irreführende Notiz veröffentlicht, deren Ueberschrift darauf hinweist, daß die Orgeß für Ostpreußen anerkannt worden sei; auch die maßgebenden Stellen in Ostpreußen hätten sich so wird behauptet, davon überzeugt, daß „Herrlich im Einklang mit seinem bekannten Programm nur dem Wohle des Ganzen dienen will“. Ohne uns auf weitere Auseinandersetzungen mit dieser tendenziösen Notiz einzulassen, stellen wir fest, daß die Orgeß für Ostpreußen weiter verboten bleibt.

Nach dieser Mitteilung ist klar, daß die treu deutsche Orgeß ganz systematisch die Bekämpfung der Dörschlichkeit betreibt.

Orgeß, Schieber u. Co.

In der Berichtigung des Kapitanleutnants Rathj schreibt unser Gewährsmann:

Der § 11 des Vorfalles ist eine wunderschöne Einrichtung, man kann auf Grund desselben immerhin eine Berichtigung beanspruchen; daß aber eine Berichtigung die Wahrheit enthält, das ist nach dem Gesetz nicht nötig. So „berichtigt“ auch Kapitanleutnant Rathj. Wir berichteten, daß in der „Kapp“-Zeit in Neustettin unter dem Kapitanleutnant R. eine sogenannte Nachrichtenabteilung florierete mit einer großen Anzahl als „Kriminalbeamte für innere Angelegenheiten“ tätiger Geheimagenten. Das hat Rathj nicht berichtet, weil das eine feststehende Tatsache ist. R. berichtet ferner, daß er auf Privatdienstvertrag angestellt sei; daß er „für innerpolitische Angelegenheiten“ ange-

stellt ist, darüber schweigt er sich aus. Ferner soll der Vierbeinler „nicht unter seiner Leitung“ getrieben worden sein. Das ist von uns auch nicht behauptet worden. Wir haben berichtet:

„Die ehemalige Nachrichtenabteilung unter Kapitanleutnant R. hat, wie einwandfrei feststeht, einen schamhaften Handel mit ihren Pferden getrieben und die dabei vereinnahmten Gelder sind zwischen Rathj, einem Leutnant A. D. Kofeler, einem bereits verhafteten Feldwebel Graumann und mehreren Soldaten der Nachrichtenabteilung geteilt worden.“

Das sind Tatsachen, die keine Berichtigung aus der Welt schaffen kann. Vielleicht aber hat R. ein schwaches Gedächtnis, dann werden wir ihm auf Wunsch die Namen der Bauern in Eßlingen und Altingen (Lötzer im Kreise Neustettin) und die von ihnen beim Pferdehandel gezahlten Summen nennen. Diese Gelder haben die geschäftsmachenden Untergebenen an die Offiziere Rathj und Kofeler abgeliefert und dann von diesen ihren Anteil bekommen.

Erinnerungen an Sedan.

Das Heeresverordnungsblatt veröffentlicht nachstehende Kundgebung des Chefs der Heeresleitung, Generalleutnants v. Seekt:

„Wir gedenken heute des Tages von Sedan, der Vater unserer Väter und Vorgänger vor 50 Jahren. Nicht lauter Festesjubel ziemt in dieser Zeit der schweren Not. Wir begreifen den heutigen Tag: in dem stolzen Bewußtsein, der Väter wert gewesen zu sein, in der stillen Hoffnung auf Deutschlands Zukunft, in dem besten Willen, den Geist, der einst nach Sedan uns über hundert Schlachtfelder des Westens und Ostens führte, in der Reichwehre und im Volk lebendig zu erhalten.“

„Der Geist der hundert Schlachtfelder“ sollte man in Deutschland doch nun wirklich genug haben. Auf allen Straßen sitzen die Kriegsinvaliden, Millionen Frauen und aber Millionen Waisen sorgen um die nächste Zukunft, da das Reich nicht in der Lage ist, ihre Rölle ganz zu heben, in die der Krieg sie durch Verlust ihrer Ernährer gebracht hat. In dieser Zeit hält der „Chef der Heeresleitung“ es für nötig, ausgerechnet des Sedantages in amtlicher Kundgebung zu gedenken! Sie haben nichts gelernt und schon alles wieder vergessen.

Goethe, Schiller und das Hakenkreuz.

Der Post ins Stammbuch.

Die „Post“ hat sich über unsere Feststellung der Schändung des Goethe-Schillerdenkmals in Weimar so schwer geäußert, daß sie hierüber die Begriffe verwechselt und sonderbarer Weise von einer „Kulturkranke im Vormärts“ spricht. Schmerzlich ist ihr, daß wir nicht das Verbrennen des Hakenkreuzes, sondern nur die Entfernung des Kranzes als Kulturkranke zu bezeichnen uns erlauben, — wobei das Wörtchen „nur“ auf hübsche Vorstellungen von „Kultur“ in der „Post“-Redaktion schließen läßt. Dabei philosophiert sie folgendermaßen:

„Wie Goethe und Schiller sich zum Hakenkreuz verhalten würden, kann man nicht genau sagen (II. Red. d. „Vorwärts“). Darüber aber, daß sie sich — wenn sie könnten — jede Ehre durch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie erchieden bezichtigen würden, kann wohl kein Zweifel bestehen.“

Die „Post“ hätte klüger getan, auch hierbei hinzuzufügen, daß man das „nicht genau sagen“ könne. Unglücklicherweise begibt sie sich auf das Gebiet des Pöbels, auf das wir ihr — wenn auch unter Berücksichtigung des Raummanget — gern folgen. In seinen Gesprächen mit Eckermann sagte Goethe einmal etwa folgendes:

„Wir haben zwar in den letzten hundert Jahren ganz tüchtig kultiviert; es muß aber noch viel geleistet werden, bis man von uns sagen kann, es sei lange her, daß wir Barbaren gewesen.“

Und in einem anderen Gespräch äußerte Goethe: „Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie den Nationalhaß am stärksten finden.“

Dostojewski im Bilde seiner Tochter.

Die bereits angekündigte Biographie Dostojewskis von seiner Tochter ist jetzt erschienen und stellt sich als die Grundlage für jede weitere Erforschung der Lebensgeschichte des großen Russen dar. Eine gewaltige Fülle von neuen Tatsachen, die uns die Persönlichkeit des Schöpfers der „Brüder Karamasow“ in einem ganz neuen Licht erscheinen lassen, ist hier zusammengebracht. Freilich ist alles in temperamentvoller Weise mit dem allzu nahen Bild des Kindes versehen, und die objektive Forschung wird zu diesem Miniaturbilde erst wieder die nötige Entfernung gewinnen müssen.

Das Bild, das die Tochter uns von dem dämonischen Entschlossenen der russischen Seele zeichnet, ist von dem, wie es uns aus seinen Briefen entgegentrat, grundverschieden. Nichts ist hier von den ewigen Klagen um Geld, von dem furchtbaren Ringen mit Not und Elend, das die Bekanntheit an seine Freunde erfüllte. Die Tochter erzählt uns vielmehr von seiner beständigen Freundlichkeit, seinem kindlichen Vergnügen an den kleinen Annehmlichkeiten des täglichen Lebens, von seiner unendlichen Liebe für sie und ihren kleinen Bruder Fjodor. Freilich wird man von der Erziehungsart dieses genialen Kinderdarstellers nicht gerade viel halten, wenn man hört, daß er den Kindern Schiller, der auf ihn mit 14 Jahren einen gewaltigen Eindruck gemacht hatte, vorlas und sehr schamte vor, als die Sieben- und Sechsjährigen dabei einschließen. So entzündet war er, daß er ihnen mehrere Monate hindurch nicht wieder vorlas. Dann aber wählte er russische Volkserzählungen und Sagen, die bei den Kindern mehr Anklang fanden. Die größte Lieberlassung werden die Rüge bereiten, die die höhere Bildung und den Komfort schätzten, deren Dostojewski bewarnte. Wir waren bisher gewohnt, diesen Gestalter einer neuen kulturellen Welt für ganz unempfindlich gegen die Außenwelt zu halten. Nun hören wir, daß er sehr großen Wert auf Kleidung und Umkleung legte. Die Tochter erparnt uns keine Einzelheit seiner Morgenroutine; sie schildert, wie er im Bad, das er unbedingt jeden Morgen, auch bei den größten Schwierigkeiten haben mußte, ein kleines Liedchen sang, immer dasselbe; wie er feid ein „schönes weißes Hemd“ und einen sauberen gestrickten Kragen trug; wie er sogar in den Tagen der furchtbaren Armut nur beim feinsten Schneider arbeiten ließ. Sämtliche Möbelstücke in seinem Arbeitsraum mußten ganz genau an derselben Stelle stehen, und er würde sich nie an die Arbeit gesetzt haben, wenn ein Stuhl an einem falschen Platz gestanden hätte. Alles ging bei ihm ins Lieberleben, so auch seine Reinlichkeit und seine Ordnungsliebe.

Viel Neues erfahren wir über das Verhältnis Dostojewskis zu seinem Stiefsohn Paul oder Wassja, dem Sohn seiner ersten Frau Maria Dmitriewna Iffajew, die er während seiner Verbannung in Sibirien heiratete. Der Junge war ein Taugenichts, der den Stiefvater nach Maßgabe ausbeutete, wie andererseits sein ganzer Stolz darin bestand, der Sohn des großen Dichters zu sein. Freilich liegt ein ausgesprochenes Döns in der Schilderung des Stiefbruders, wie überhaupt in dem Buch der Tochter alles, mit denen Dostojewski nicht gut fand, sehr schön fortzukommen. Zur-

gen jezt erscheint als ein lächerlicher Enob. Die Gestalt Dostojewskis selbst aber offenbart sich im Bilde der Tochter in ihrer ganzen rührenden Größe und Schönheit, in ihrem unerschütterlichen Glauben an die Qualen eines gerechten Lebens, in ihrer Güte und in ihrer Vertrauenswürdigkeit.

Schlechte Zähne — ein Merkmal des Menschengeschlechts. Die Zahnaries, heute unbestritten die am häufigsten auftretende unter allen Krankheiten des Menschen, erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß sie geradezu als ein „Charakteristikum des Homo sapiens“ angesehen werden muß. Zwar wurden auch Tiere von dieser Krankheit befallen, aber immer nur solche, die mit dem Menschen in direkte Berührung gekommen und jedenfalls von ihm angesteckt worden sind. An mildelebenden Tieren ist Zahnaries bis jezt noch nie beobachtet worden. Ist diese spezifisch-menschliche Krankheit, an der mindestens 90 Proz. aller Menschen leiden, von Urbeginn und aufgelegt oder ist sie erst allmählich erworben worden? Diese und verwandte andere mit der Zahnaries zusammenhängenden interessanten Fragen behandelt auf Grund der neuen Forschungen von M. v. Lenhossek Dr. R. Schips in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“.

Die ältesten Schädel, die wir bis jezt vom Menschen kennen, haben gesunde Zähne. So wurden in der reichen Fundstätte von Neanderthal des Neandertalmenschen, der Kravina-Höhle, 275 Zähne gefunden, die alle frei von Karies waren. Der älteste, sicher nachweisbare Fall von Karies ist an einem 1871 in Naghsap im Graner Komitat gefundenen Schädel festzustellen. Danach ist der Beginn der jüngeren Steinzeit in Europa auftretende kurzschädliche Mensch der erste Träger und Vermittler der Zahnaries. Der Mensch hat also die schlechten Zähne erst allmählich bekommen. Nun nimmt man allgemein an, daß jedenfalls diese unsere Vorfahren vor Jahraufenden weniger an schlechten Zähnen litten als wir. Die Beobachtungen, die diese Ansicht unterstützen, beruhen aber auf Fehlern. Von den 1190 Schädeln aus der Zeit der Völkerwanderung und der Römerherrschaft, die Lenhossek untersuchte, wiesen über 90 Proz. Infektion durch Zahnaries auf. Die schlechten Zähne waren also damals schon ungefähr so weit verbreitet wie heute. Ein Unterschied in bezug auf das Geschlecht ließ sich schon bei diesen historischen Schädeln nicht feststellen. Wohl aber ergab sich die heute vielfach beobachtete Tatsache, daß die unteren Zähne weniger erkrankten als die oberen. Alle die Hypothesen, nach denen die schlechten Zähne eine Folge höherer Kultur sein sollen, sind also falsch. Auch der „Naturmensch“ besitzt nicht bessere Zähne als wir, sondern die Naturvölker haben im allgemeinen schlechte Zähne, und bei den australischen Urdwobnern, die zu den primitivsten Menschenschaffen gehören, hat man ein sehr starkes Auftreten von Karies beobachtet. Wenn man behauptet hat, daß die Tierzähne vor denen des Menschen durch Größe und Kalkgehalt ausgezeichnet sind, so entspricht dies nicht den Tatsachen. Man kann nur annehmen, daß die dem Menschen eigentümliche Disposition zur Zahnaries eine Missbildungserscheinung ist, wie ja überhaupt der ganze Apparat des Menschen im Vergleich zu den Säugern sehr schwach entwickelt ist.

Das entthronte Barometer. Es gibt Leute, die im Barometer ein zuverlässiges Wetterorakel erblicken und von ihm unfehlbare Auskunft darüber erwarten, ob am nächsten Tage die Sonne uns lachen oder ein Regen uns in melancholische Stimmungen hüllen wird. Aber gerade in diesem Sommer sind diesen Anhängern des Barometers schwere Enttäuschungen nicht erspart geblieben. Es ist manchmal gerade so, als ob sich dieses würdige wissenschaftliche Instrument über die Vertrauenswürdigkeit der Menschen lustig mache, denn das Gegenteil von dem tritt ein, was man von dem Glase abgelesen hat. Im in unserer an trübten Erfahrungen reichen Zeit solchen weiteren Barometer-Enttäuschungen vorzubeugen, hat der englische meteorologische Dienst eine Warnung erlassen, daß man den Registrierungen des Barometers bei der Beurteilung der Wetterlage nicht zu viel Wert beimesse. „Wir können das Wetter nicht bestimmen“, heißt es hier, „indem wir besondere Arten der Witterung mit besonderen Erscheinungen des Luftdruckes in Zusammenhang sehen. Die Amphen, daß bei der und der Höhe schönes Wetter, bei einer anderen „veränderliches“ oder „Regen“ eintreten soll, sind durch die Wissenschaft nicht zu rechtfertigen. Früher nahm man an, daß nasse Luft leichter ist als trockene und daß sich deshalb die Stärke des Luftdruckes durch den Stand des Barometers ausdrücken läßt. Die moderne Meteorologie aber schreibt Veränderungen des Luftdruckes einer gemeinsamen Tätigkeit des Windes, der Erdbewegung und des Widerstandes der Erdoberfläche“ zu, und man nimmt auch an, daß die Luftdruckverhältnisse mit vorläufig noch wenig erforderlichen elektro-magnetischen Erscheinungen zusammenhängen. Mit diesen Fortschritten der Wissenschaft kann das arme Barometer nicht gleichen Schritt halten, und so versiert es denn immer mehr von seinem Nimbus und wird sich dazeln finden müssen, bald ganz zum „alten Eisen“ geworden zu werden.

Rings in städtischen Theatern. Der Plan von Frankfurt a. M., dem Defizit der dortigen städtischen Bühnen durch Veranstaltung von Nachmittagsaufführungen in denselben Häusern zu begegnen, greift un sich. Für Dresden wird eben derselbe Plan angesetzt. Der Frankfurter Vörsenanschluß läßt keine Einwände gelten, daß nämlich die Proben der städtischen Bühnen und die Vorbereitungen zur Abendaufführung durch den frühen Beginn des Nachmittagsbesuchs beeinträchtigt werden, daß es unmöglich wird, die Bühnenhäuser, die nachmittags vom Kinopublikum gefüllt sind, genügend für den Abend zu räumen, daß das städtische Kino die Steuerkraft des Privatkinos schwächen würde und daß vielleicht die Heranbildung eines von der Stadt verworrenen Kinopublikums die künstlerische Erziehung dieses Publikums für den städtischen Theaterbesuch gefährden könnte.

Theater. Am Deutschen Sankler-Theater muß die für Mittwoch angelegte Erbauung des Schwanks „Die Scheidung“ teils auf Donnerstag verschoben werden.

Ein „Festschrift für soziale Kunstwerke“ mit dem Titel „Vollbühne“ wird die Berliner Volksbühne vom September d. N. an herausgeben. Die Festschrift dieser neuen „Festschrift“ sollen die besten Werke mit den Fragen der Sozialpolitik vertraut machen und für die Schöpfung wahrer Kunst interessieren. Neben Abhandlungen wird es auch künstlerische Beiträge enthalten.

Beide Ausprüche sollte sich die „Post“ merken. Schiller zu zitieren, ist uns mit Rücksicht auf die Ueberfülle seiner von wahrhaft freisinnlicher Gesinnung zeugenden Worte aus Gründen der Raumnot nicht möglich.

Zur Sicherstellung der deutschen Ernährung.

Rom, 31. August. (Stefani.) Unter dem Vorsitz des General-Kommissars für die Verpflegung, Sori, wird am 2. September in Sirena der Ausschuss zusammengetreten, der beauftragt ist mit der Abfassung der Einzelbestimmungen für den Vorschuss, den Italien Deutschland zur Ernährung der Bevölkerung als Gegenleistung für die nach den Späteren Abmachungen auferlegten Kohlenlieferungen leisten wird. Attolico, der volkswirtschaftliche Attaché in New York, und Grannini, der Führer der Handelsdelegation in London, werden Italien vertreten.

Republikaner fliegen!

Wer sie anspricht, bleibt!

Wir berichteten am 26. über das Auftreten des Kompagnieführers der 1. R.-G.-R.-J.-R. 5, Potsdam, von Cravenstein, der vor Republikanern ausbricht, und hatten erwartet, daß derselbe wegen seines Verhaltens zur Rechenschaft gezogen wird.

Das ist bis heute nicht geschehen, dagegen ist der freiwillige Leutnant, der sein Recht als Republikaner zu verteidigen suchte, am Freitag ohne jede Abkündigung entlassen worden. In dem Befehl, der die Entlassung ausspricht, wird gesagt: Leutnant ist wegen großer Pflichtverletzung und weil er die Offiziere des Regiments als „reaktionäre Wesen“ bezeichnet hat, sofort zu entlassen. (Notabene. Die gleichen Herren, die vor Republikanern ausbrachen, fühlen sich jetzt durch die Bezeichnung „reaktionär“ beleidigt.) Dabei hat Leutnant die Offiziere des Regiments nicht als reaktionäre Wesen bezeichnet, er hat den Fall nur zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht.

Die Entlassung ist sofort ausgeführt worden, und zwar auf folgende Art: Ohne Gebühren und ohne Papiere ist Leutnant durch den Unteroffizier vom Dienst zur Kaserne hinausgeführt worden und darf die Kaserne nicht mehr betreten. Er liegt also ohne jede Mittel auf der Straße.

Ein zweiter Fall spielte sich ebenfalls in Potsdam am 17. d. M. ab. Beim leichten Artillerieregiment 3 war ein Angehöriger vom Gericht zu sieben Wochen mittleren Arrests verurteilt worden, weil er „durch seine Ermahnung Nichtstimmung in die Truppe gebracht hat“. Auch dieser Mann ist Angehöriger des Republikanischen Führerbundes. Eine Entlassung wurde vom Gericht nicht ausgesprochen.

Nach Verbüßung der Strafe wurde dieser Angehörige ohne Einhaltung einer Abkündigungskfrist auf die Straße gesetzt. Dieser Mann wohnt im besetzten Gebiet, kann nicht zurück und hat jetzt keine Unterkunft.

Nach einem Befehl dürfen Entlassungen von Wehrangehörigen, die ihren Wohnsitz im besetzten Gebiet haben, nur dann erfolgen, wenn durch den entlassenden Truppenteil die Einreiseerlaubnis eingeholt ist. Darum hat man sich nicht bekümmert.

Der Soldat der Reichwehr soll durch das neue Gesetz völlig rechtlos gemacht werden — er darf nicht wählen, darf nur mit Erlaubnis seiner Vorgesetzten einer Vereinigung angehören, muß sich aber gefallen lassen, daß er von seinen Vorgesetzten dem Verhängnis preisgegeben wird. — System Gehler!

Sie sind es nicht gewesen.

Vom Krupp-Grusonwerk in Magdeburg erhalten wir folgende Zuschrift:

„Die Behauptung, es stünde fest, daß große Geldsummen durch Diebstahl in Kreisen Magdeburger Industrieller für die sogenannte Spielzentrale gesammelt worden sind, ist, soweit das Krupp-Grusonwerk in Frage kommt, unrichtig. Das Krupp-Grusonwerk hat weder selbst noch durch verantwortliche Angestellte Geldunterstützungen an die Spielzentrale gezahlt.“

Die Behauptung, Altmann und Hiesentz hätten u. a. auch mit Herrn Dr. Loh vom Krupp-Grusonwerk in Verbindung gestanden, ist unrichtig. Herr Dr. Loh erklärt demgegenüber, daß er bis heute weder Altmann noch Hiesentz kennengelernt noch einmal mit ihnen in irgendwelcher Verbindung gestanden hat.“

Das Werk legt weiter Wert auf die Feststellung, daß Dr. Loh nicht Direktor, sondern nur Assistent, und auch nicht Syndikus des Arbeitgeberverbandes sei.

Wir nehmen von der Verichtigung Notiz mit dem Bemerkten, daß einzelne Artikel hinsichtlich beteiligter Personen nicht die Aufmerksamkeit ablenken können von der Ungeheuerlichkeit des Spieles, wie er in Magdeburg ausgedehnt wurde. Was die Geldquellen anlangt, so liegen die Adressen der Geldgeber bei den Akten.

Frankreich und Moskau.

Paris, 31. August. (Holländisch Neuwisbureau.) In der soeben erschienenen Nummer des „Bulletin Communiste“, dem offiziellen Organ der Dritten Internationale für Frankreich, werden die Bedingungen für den Anschluß der französischen Sozialistenpartei an die Moskauer Internationale veröffentlicht. Sie umfassen 18 Punkte. Es soll eine geheime Organisation geschaffen werden, deren Aufgabe es ist, die Revolution vorzubereiten. Die Sozialisten müssen die Verpflegung übernehmen, sich in allen Punkten den Grundfragen zu unterwerfen, die ihnen von Moskau von der Zentralorganisation zugehen. Die Zentralorganisation ist mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet. Die Anhänger der Dritten Internationale müssen eiserne Disziplin beschwören. Die sozialistische Partei muß ihren Namen in „Kommunistische Partei“ umändern. Ferner sollen die Sozialisten, die sich der Moskauer Internationale anschließen wollen, alle Reformisten „hinawerfen“, denn die kommunistische Internationale habe der ganzen bürgerlichen Welt und allen sozialdemokratischen Parteien, die die Arbeiterklasse verraten, den Krieg erklärt.

Lieber mit Deutschland...

Paris, 31. August. (N.) Trotski hat in einer Ansprache an die nach der polnischen Front abgehenden Truppen gesagt: Man beschütze uns, Teufelskinder, Handlanger zu sein. Diese Beschuldigung darf uns nicht aus der Fassung bringen. Wir wollen lieber mit Teufelskinder zusammenarbeiten, um das imperialistische Europa zu verrichten als mit den Regierungen der „freien Länder“ befreundet sein. Wir können leichter den deutschen imperialistischen Widerstand leisten als dem imperialistischen Frankreich, England usw.

Moskau gegen Wien.

Wien, 31. August. („Frankfurter Zeitung.“) Die Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Sozialdemokraten, die innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie organisierte Gruppe der linksstehenden Sozialdemokraten, hat, wie die kommunistische „Rote Fahne“ mitteilt, als Antwort auf ein Begrüßungstelegramm an den Moskauer Kongreß der Dritten Internationale eine Zuschrift erhalten, in der über die Minister Renner, Bauer, Adler und andere der Stab gebrochen und die Gruppe aufgefordert wird, der kommunistischen Partei als der einzig legitimen Vertretung der Weltrevolution in Österreich beizutreten.

Der Krieg in Kleinasien.

London, 31. August. Nach einem Bericht des Kriegsamtes lassen Meldungen aus Mesopotamien erkennen, daß sich die Unruhen in das Gebiet von Buntzil hinein ausgedehnt haben. Die Lage am Schatt el Hai ist kritisch. In der Nachbarschaft von Hillah ist eine umfangreiche, England feindliche Bewegung im Gange. Der Widerstand der Stämme im Nordosten von Bagdad ist noch immer erheblich. Die Araber haben Kifri eingeschlossen. Der Gehilfe des dortigen Regierungsoffiziers wurde gefangen genommen. Eine Kolonne aus Chanikin hat die Garnison von Saraghan entsetzt.

Smirna. Die Griechen ziehen ihre Truppen für eine neue Offensive zusammen, deren Ziel, wie berichtet wird, Ushak ist. Bedeutende türkische Streitkräfte werden zum Widerstand zusammengezogen.

Ein Feldherr. Die Wiener Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen veröffentlicht jetzt ihre, präventiv ersichtlichen Berichte. Dieß man sie, so fragt man sich vergebens, was in Deutschland auf diesem wichtigen Gebiete bisher geschehen ist. Dem Generalstaatsanwalt wurde u. a. auch die Besichtigung gegen den Generaloberst, ehemaligen Erzherzog Josef Ferdinand wegen Diebstahls überwiefen. Es liegt die Besichtigung gegen den ehemaligen Erbschatz vor, es rechtmäßig Kriegsgefangene, ein requiriertes Gespann samt Wagen, ein Pferd, kirchliche Einrichtungsgegenstände und kunstgewerbliche Stücke angeht zu haben.

Unrecht Gut... Der ehemalige deutsche Passagierdampfer „Imperator“ war von der englischen Regierung der amerikanischen Regierung zusammen mit 6 anderen Dampfern zur Heimkehr von Truppen zur Verfügung gestellt worden. Da die amerikanische Regierung bisher die Dampfer der englischen Regierung noch nicht wieder zurückgegeben hat, hat die englische Regierung nunmehr nach Washington eine Entschädigungsforderung gesandt.

Groß-Berlin

Das Bad im Kanal.

Wasserballspiele im Engelbecken.

Dem Berliner Wassersport bietet sich seit einiger Zeit Gelegenheit, sich auch auf dem innerhalb Berlins gelegenen Kanals zu betätigen. Die durch den Magistrat und die Wasserpolizei erfolgte Freigabe der Kanäle wird nicht nur von den Sportvereinigungen dankbar begrüßt, sondern findet auch durch die sich an den Stellen einfindenden Zuschauer volle Anerkennung. Es ist bedauerlich, daß das Verbot an den dazu geeigneten Wasserplätzen nicht früher aufgehoben wurde, da diese Maßnahme, abgesehen von einer Steigerung des allgemeinen Interesses für den Wassersport, doch zum mindesten eine bedeutende Entlastung der ohnehin schon in geringer Anzahl geöfneten städtischen Badeanstalten bedeutet hätte.

Obgleich auch an diesen Wasserplätzen die Freigabe für nicht organisierte Wasserfreunde erfolgte, eignen sich die Kanäle nicht für Reinigung des Körpers, da sie zumeist Säkamm mit sich führen und auch durch sonstige schmutzige Zustände stark verunreinigt werden. In der Regel verlassen die Wassersportler, die von der Benutzung der Kanäle Gebrauch machen, das Wasser schmutziger als sie vorher besaßen waren. Eine besondere Aufmerksamkeit der Wasserfreunde verdient sich das am Michaelkirchplatz gelegene, durch den Landwehrkanal gebildete Engelbecken.

Jeden Dienstag und Donnerstag in den Abendstunden finden sich etliche Sportvereinigungen ein, die dem „Wasserballspiel“ huldigen und dort unter dem Beifall der Zuschauer ihre Kämpfe austragen. Die Mannschaften werden infolge der anstrengenden Spieltätigkeit alle 20 Minuten ausgewechselt, was jedesmal ein stürmisches Lachen der Zuschauer zur Folge hat. Da Umkleieräume nicht vorhanden sind, benutzen die Spielteilnehmer die Hausflure der in der Nähe gelegenen Häuser für ihre Verwahrung. Beim Verlassen des Wassers müssen sie, um ihren Umkleideort zu erreichen, die Straße passieren, was natürlich im „Vadelstium“ geschieht und daher immer höchst originellen Eindruck erweckt.

Die oft zwei Stunden anhaltenden Spiele finden der Sicherheit wegen unter Aufsicht der Wasserpolizei statt, die ständig ein Motorboot zur Beaufsichtigung an den betreffenden Ort entsendet. Diese Maßnahme ist im Engelbecken durchaus erforderlich, da bei einem eventuell eintretenden Unglücksfall das Rettungswort vom Ufer insofern behindert würde, da eine Bösung an diesem Teil des Kanals nicht vorhanden ist. Im allgemeinen kann eine Hebung des Wassersports nur begrüßt werden, und es wäre erfreulich, wenn die Wünsche der Wasserfreunde auch weiterhin bei den maßgebenden Stellen die erforderliche Beachtung finden würden.

Jiu-Jitsu in Plöhsensee.

Das Thema der Verbrecherbekämpfung.

Die im Jiu-Jitsu-Kampf, der bewährten japanischen Verteidigungsmethode, durch den Jiu-Jitsu-Meister und Polizeinstrukturstär Erich Kahn ausgebildeten Beamten des Staatsgefängnisses Plöhsensee legten dort vor Vertretern des Justizministeriums und verschiedener Staatsanwaltschaften ihre Prüfung ab. Nach einer einleitenden Ansprache des Direktors der Plöhsenseer Strafanstalt, in der dieser besonders die Direktoren der anderen Gefängnisse Berlins und Umgegend, die sich gleichfalls eingefunden hatten, auf den hohen Wert dieser Verteidigungsmethode hinwies, zeigten die ausgebildeten Gefängnisbeamten, wie sie fortan in der Lage sind, sich gegen Ueberfälle Gefangener, wie diese gerade in der letzten Zeit häufig vorgekommen sind, erfolgreich zu schützen. Herrn Kahn, der bereits die Beamten der Sicherheitspolizei und der Kriminalpolizei ausgebildet hat, soll auch die Ausbildung der Beamten der übrigen Gefängnisse übertragen werden.

Bei dieser Gelegenheit ließe sich erwähnen, daß auch wir die Einführung dieser Kampfmethode aus einem besonderen Grunde für wünschenswert halten. Sie wird hoffentlich dazu führen, den Revolver, der in der letzten Zeit bei der Verfolgung von flüch-

tigen Verbrechern wieder eine sehr hervorragende Rolle gespielt hat, in den Hintergrund treten zu lassen. Wir denken dabei zunächst an den gestern mitgeteilten Fall des Aufsehers Karl Braiche, der im Begriff zu fliehen, von einem Polizeibeamten kurzerhand niedergeschossen wurde. (Zwischen ist Braiche gestorben.) Wenigstens niemand in dem geliebten Verbrecher ein sehr nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft bebauern wird, so geht es doch nicht an, einem Wechlosen ohne weiteres eine Kugel nachzusenden. Ohne weiteres, denn das dreimalige, aus der Kriegstechnik übernommene „Gott“ ändert daran nichts. Wir hoffen sehr, daß die Angelegenheit eine sehr gründliche Untersuchung nach sich ziehen wird, in der festgestellt werden muß, ob dem schicksalhaften Polizeibeamten gar kein anderes Mittel mehr übrig blieb, den Flüchtigen zum Stehen zu bringen. Denn um Notwehr kann es sich nicht gehandelt haben.

Unnötiger Strafeifer.

Die Gaswerke der Stadt Berlin sind rasch bereit, gegen sämtliche Zahlverweigerer mit der Strafe einer Abschaltung des Gases vorzugehen. Uns wird ein Fall bekannt, bei dem die eifrigste Anwendung dieses Zwangsmittels wirklich nicht nötig gewesen wäre. Benutzer von Gasautomaten müssen bekanntlich bei der Abholung der eingeworfenen Groschen den infolge wiederholter Gaspreisverhöhungen sehr erheblichen Festbetrag an den Gasbüchsenentleerer nachzahlen. Ist mal nicht so viel Geld zur Hand, so muß der Rest an die Revierinspektion gezahlt. In dem erwähnten Fall wurde der Automat am 13. August entleert, wobei nachanzahlende 10,80 M. in Rest blieben, weil die allein anwesende 75-jährige Greisin kein Geld bei sich hatte. Schon am 24. August, nach elf Tagen, kam man zu der Schuldnerin, um das Gas abzusperren. Auch das Versprechen, am nächsten Tage das Geld zu zahlen, half nichts. Ohne daß vorher noch eine Mahnung erfolgt wäre, wurde die Gasabspernung ausgeführt. Für die Wieder-aufhebung der Sperre mußte 6 Mark gezahlt werden. So wurde durch den Strafeifer der Gaswerke eine arme Frau empfindlich geschädigt.

„Frommer“ Blödsinn.

Die sogenannten Kettenbriefe, die man in Abschriften weitergeben soll, damit die Empfänger sie gleichfalls abschreiben und weitergeben, sind seit einiger Zeit wieder in Umlauf. Aus Lichtenberg-Friedrichshagen sendet ein Genosse uns zur Kenntnisnahme einen solchen Kettenbrief, der dort in Masse verbreitet wird und auch seiner Frau von einem Anonymus zugegangen ist. Der Brief lautet:

Kettenbrief.

Ein altes Gebet.

Herr Jesu, ich flehe dich an, erlöse mich von allen Leiden und lasse es uns wohlgehen. Amen.

Dieses Gebet erhielt ich zur Abschrift. Es ist ein altes Gebet aus Jerusalem. Wer es erhält, soll es neun Tage lang an einen lieben Menschen, jeden Tag einen, ohne Unterschrift schreiben. Derjenige, der es erhält und nicht weitergibt, wird von Unglück verfolgt. Wer aber die Kette nicht unterbricht, wird am neunten Tage eine große Freude erleben und von Sorgen und Schmerzen befreit sein.

Wichtig: Wer es nicht weitergibt, wird von Unglück verfolgt! Leider fehlt es nicht an Einfältigen, die auf diesen Blödsinn hereinfallen und sich belesen, den Kettenbrief weiterzugeben, um dem „Unglück“ zu entgehen und sich die „große Freude“ zu sichern.

Der Förstereiausschank weiter genehmigt.

In der Angelegenheit des Wirtschaftsbetriebes in den Förstereien Saubach, Eichkamp und Wannsee, den der Förstereiausschank des Verbandes Groß-Berlin aus verschiedenen Gründen zum 1. September unterlag hatte, erlauben wir von zuständiger Seite, daß die Verhandlung mit Rücksicht auf die von den Förstereien angeschafften Vorräte die Erlaubnis zum Ausverkauf von Käse und alkoholischen Getränken bis auf weiteres verlängert hat.

Nur ein Schulrat für Groß-Berlin. Auch der Berliner Lehrerverein hat sich dafür ausgesprochen, daß Groß-Berlin nur einen Schulrat erhält. In der Sitzung vom 27. August hat er beschlossen: Der Berliner Lehrerverein erklärt, entsprechend seinen Beschlüssen aus dem Jahre 1910 und den Schulforderungen des Deutschen Lehrervereins, sein Einverständnis zu der Stellungnahme der 18. Kommission der Groß-Berliner Lehrervereine in der Frage der Wahl nur eines Oberschulrats für die Stadtgemeinde Berlin. Bei der Neuordnung der Schulverwaltung erscheint es vor allem wichtig, den organischen Zusammenhang der gesamten Schulwesen im Sinne der Einheitsaufsicht überzubehalten. Für die Abweyung des Fach- und Fortbildungsschulwesens und des höheren Schulwesens liegt ein besonderes Verwaltungsbedürfnis nicht vor.

Gegen das Radfahrverbot, das in Berlin für einzelne Straßen und Plätze immer noch gilt und kürzlich durch das Polizeipräsidium in Erinnerung gebracht wurde, wendet sich in einer Zuschrift an uns ein Radfahrer. Er hält die mit als Grund angegebene Sorge um die Sicherheit der durch den Straßenverkehr gefährdeten Radfahrer für unnötig und stellt in dieser Begründung nur einen Vorwand, der eine behördliche Abneigung gegen die Radfahrer bemängeln solle.

Wir schlagen vor, daß vom Polizeipräsidium einmal veröffentlicht wird, wieviel Radfahrereinfälle auf den für Radfahrer noch gesperrten, aber verbotswidrig von ihnen befahrenen Straßen und Plätzen zur Kenntnis der Behörde gelangt sind. Man wird dann selber beurteilen können, was von der Angabe zu halten ist, daß solche Unfälle sich in der letzten Zeit gemehrt haben.

Die Straßensbahn begünstigt sich. Der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßensbahn trat gestern im Direktionsgebäude am Leipziger Platz zu einer Sitzung zusammen, in der allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und die wirtschaftliche Lage des Unternehmens eingehend erörtert wurden. — Gutem Vernehmen nach liegt eine Veranlassung zu einer weiteren Tarifserhöhung gegenwärtig nicht vor.

Gindenburgswert und Reserverwertung. Der Lichtenberger Magistrat hat beschlossen, das Gindenburgswert und die Reserver in der Wöllendorsstraße gegenüber dem Rathaus durch die Parkverwaltung entfernen zu lassen. Ferner wurde einem Vorwähler zugestimmt, der die Umarbeitung des verunreinigten Rahmentisches der Schulverwaltung zu fahnen in den neuen Reichsfarben und die Verwendung der Rahmen der Kaiserbilder für andere Bilder vorzieht.

Sport.

Freie Schwimmer Charlottenburg. Monatsführung Mittwoch, 1. September, abends 7/8 Uhr, Volkshaus. Vortrag über „Vollständiges Schwimmen“. Referent: Gen. Martin, „Freizeit“, H. W. B. u. a.

Goldener Rad von Berlin. Das bedeutendste und populärste Radrennen Deutschlands kommt, wie alljährlich, am Sonntag, 5. Sept., nachm. 3 Uhr, auf der Olympia-Radrennbahn zum Austrag und hat die denkbar beste Besetzung erhalten. Es starten: der Weltmeister Piel Dickmann, Willi Appelbans, Emil Lewanow, Walter Sawall, Franz Krupka. Das Rennen führt über die Strecke von 100 Kilometer in zwei Runden von je 50 Kilometer. Außer den Geldpreisen von 35 000 M. erhält der Sieger und Schriftmacher des Sieges die Goldene-Rad-Medaillen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Diktatur des Proletariats.

Aus den tagtäglich in der „Freiheit“ veröffentlichten Richtlinien der Moskauer Internationale über ihre Aufgaben gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Problemen tritt immer klarer der Grundgedanke hervor, an Stelle des bisher gepredigten Diktatur des Proletariats nunmehr die nackte Diktatur über das Proletariat treten zu lassen. Früher bereits ist an anderer Stelle darauf hingewiesen worden, welcher politischen Selbstorganisation sich die Mitglieder der Organisationen befleißigen müssen, wenn sie das Vergnügen haben wollen, der kommunistischen Internationale angegeschlossen zu sein.

Aber nicht genug damit, daß die politische Organisierten Kadavergehörig zu üben haben, daß den Prehorganen der der Moskauer Internationale angeschlossenen Parteien der Leninische Maßstab umgeben wird, auch die Gewerkschaften, Genossenschaften, kurzum alle für die Befreiung der Arbeiterklasse geschaffenen Organisationen müssen nach dem Willen der Moskauer unter die väterliche Leitung der kommunistischen Diktatoren gebracht werden. Heute z. B. heißt es in den Veröffentlichungen der „Freiheit“ über die Richtlinien für Gewerkschaften und Betriebsräte:

6. Die Aufgabe des Kommunisten besteht darin, sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit Erkenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus zu erfüllen. Indem sie diese Aufgabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle denselben Weg führt zum Sieg der Arbeiterklasse durch Diktatur des Proletariats zum Kommunismus.

Vielleicht mögen die Moskauer Methoden im eigenen Lande bei den durch zaristische Schuld in Unwissenheit und Dummheit erhaltenen Massen angebracht sein, in einem Lande wie Deutschland aber, wo sich durch jahrzehntelangen Massenkampf die Arbeiterschaft kraftvolle gewerkschaftliche und politische Organisationen mit bestimmter Arbeitsteilung geschaffen hat, wird man sich für die angestrebte Diktatur über das Proletariat bestens bedanken.

Der Niedergang der Postkartenindustrie.

Wiederholt haben wir auf die katastrophalen Wirkungen aufmerksam gemacht, die die erhebliche Erhöhung der Portosätze für die Postkartenindustrie mit sich brachte. Die früher blühende Industrie mit vielen Tausenden beschäftigten Arbeitern liegt fast ganz darnieder, Tausende von Berufsangehörigen sind arbeitslos.

In einer gemeinsamen Eingabe an das Reichspostministerium hatten am 4. August die Tarifämter der graphischen Berufe auf die Notlage hingewiesen und um Herabsetzung der Postkartentage von 30 auf 15 Pfennige ersucht.

In der Antwort des Postministers vom 22. August kommt zum Ausdruck, daß eine Herabsetzung des Portos für Postkarten dem Reich eine Schmälerung der Einnahmen bringen würde, die bei der mangelhaften wirtschaftlichen Lage des Reiches nicht zu rechtfertigen wäre.

Die Auffassung des Reichspostministeriums erscheint uns als eine durchwegs irrige. Denn, wenn durch die 100 prozentige Erhöhung des Portosatzes der unter dem alten Satz von 15 Pfennig sehr umfangreiche Verkauf von Ansichtskarten durch das Publikum fast ganz unterbleibt, so entstehen dem Reich trotz der Erhöhung keine Mehr-, sondern Mindereinnahmen. Das erhoffte und dringend benötigte Plus verwandelt sich in ein Minus. Ja, es erwächst dem Reich sogar ein doppelter Schaden. Neben der Mindereinnahme an Portogeldern muß das Reich an die arbeitslos gewordenen Postkartenarbeiter und -arbeiterinnen ungeheure Summen Erwerbslosenunterstützung ausgeben. Ob durch eine Ablehnung der Portoerhöhung die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen des Reiches in geeigneter Weise gewahrt werden, das zu beurteilen, dürfte nach dem Gesagten nicht schwierig sein.

Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Tarifvertrag für die Handelshilfsarbeiter im Glas- und Keramik-Großhandel vom 15. Mai 1920 für das Gebiet des Zweigverbandes Groß-Berlin für allgemeinverbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April d. J.

Das Erstarren der Organisationen.

Der Malerverband schloß das zweite Vierteljahr mit 54 520 Mitgliedern ab und hat jetzt die 55 000 bereits überschritten. Sein Verbandsblatt, der „Verein-Anzeiger“, erscheint in einer Auflage von 58 000. — Die schlechte Lage des Malergewerbes ließ keine sprunghafte Vorwärtswirkung zu, wie sie andere, in dieser Hinsicht günstiger gestellte Verbände erlebten. Doch ist der Stand bei Kriegsende (47 200 Mitglieder) längst überschritten.

Auch die Vermögenslage des Malerverbandes ist durchaus günstig. Die große Ausperrung im Malergewerbe im Jahre 1918 hatte den Kasseeinstand von 2 292 000 M. auf 720 100 M. herabgedrückt. Diese Summe blieb auch über den Krieg hinweg erhalten.

Ende 1919 waren dagegen bereit wieder 1 690 532 M. und am 1. Juli d. J. 2 009 778 M. vorhanden. Eine seit Mai durchgeführte Beitrags- und Unterstufungsreform wird die Entwicklung zu günstigen Finanzverhältnissen voraussichtlich weiter vorwärtstreiben.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitglieder-Verammlung am Mittwoch, den 1. Sept. Nordost: abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Reichshaus, Oststr. 43. — West: abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Nationalhof, Südweststr. 37. — Anstehende der Gesundheitsindustrie: abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Nordischen Hof, Invalidenstr. — Hinterfeld-Beitender: abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Reichshaus, Oststr. 43. — Hinterfeld-Beitender: abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Reichshaus, Oststr. 43. — Hinterfeld-Beitender: abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Reichshaus, Oststr. 43.

Deutscher Werkmeisterverband. Bezirksverein Berlin-Lichtenberg. Monatsversammlung Freitag, den 3. Sept., abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Anzstr. 10.

Wirtschaft

Borbildliche Genossenschaftsarbeit.

Die Organisation des Verbrauchs ist für die Gesamtbevölkerung von großer Wichtigkeit; möglich ist diese Organisation unzweifelhaft für jeden Verbraucher. Also darf die Konsumgenossenschaftliche Arbeit in einer Kleinstadt als Maßstab dafür dienen, was erreicht werden könnte, würden alle Verufenen dem Beispiel der Kleinstadt folgen.

Das Städtchen Lauscha in Thüringen ist durch seine Glas- und Christbaumindustrie weitbekannt. Sehr bemerkenswert ist aber auch die Arbeit der Bewohner der Stadt am genossenschaftlichen Aufbau.

Das Städtchen hat rund 6000 Einwohner, die Genossenschaft zählt 1555 Mitglieder; das ergibt, daß wohl reiflos die gesamte Einwohnerzahl zu ihr gehört. Der Umsatz in den ersten sechs Monaten dieses Jahres beträgt 8,4 Millionen Mark oder pro Mitglied 2006 M.; auf das Jahr ergibt das rund 4500 M. pro Mitglied. Allerdings führt die Genossenschaft auch Rohstoffe für die Hausindustrie, die einen großen Umsatz ausmachen. Allein der Umsatz im Schnittwarengeschäft beträgt im Durchschnitt pro Mitglied in sechs Monaten 880 M. Der Geschäftsanteil wurde auf 200 M. erhöht. Durch diese Nachzahlung erhöhte sich der Bestand der Geschäftsguthaben im letzten Halbjahr um 56 988 M. oder pro Mitglied um 35 M. Wieder auf das Jahr umgerechnet, eine Zunahme von 70 M. pro Mitglied. Am Schlusse der sechsmonatigen Geschäftsperiode wurden nach reichlichen Abschreibungen dem Reservefonds 10 268 M., dem Kaufsunds 10 000 M. überwiesen oder pro Mitglied 18 M.

Machen wir uns die Arbeit, ein wenig zu rechnen: 70 M. Geschäftsguthaben mehr pro Jahr und 28 M. mehr Reserven, in Summa 98 Mark mehr Eigenkapital pro Kopf des Mitgliedes, würden bei 2,5 Millionen Mitgliedern des Zentralverbandes pro Jahr 240 Millionen Mark Zuwachs an eigenen Betriebsmitteln bedeuten! Welch' unermeßlicher Kräftezuwachs wäre es in einem einzigen Jahre für unsere deutsche Bewegung, wenn überall die Lauschaer Grundsätze Anwendung fänden!

Der Mittellandkanal. Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Oldenburg und Bremen beantragen beim Reich die alsbaldige Inangriffnahme des Kanalprojektes auf der Grundlage der Sabinienführung.

Der Weltbankier Amerika. Nach einer Zusammenstellung einer amerikanischen Zeitschrift sind die Vereinigten Staaten Gläubiger von 15 Mächten, unter denen sich in erster Linie die früher und feindlichen Länder befinden. Die Forderungen der Vereinigten Staaten beliefen sich am 1. Juli 1920 insgesamt auf 11,845 Milliarden Dollar — nach den letzten Devisenkurven den Dollar zu rund 50 Mark umgerechnet, also auf annähernd 600 Milliarden Mark —, davon sind 2,247 Milliarden Dollar in Amerika begebene Anleihen, 9,598 Milliarden Dollar Darlehensschulden und verschiedene Kredite. Unter den Schuldnern steht an erster Stelle Großbritannien mit 5,064 Milliarden Dollar, es folgt Frankreich mit 3,242 und Italien mit 1,656 Milliarden Dollar, so daß diese drei Staaten allein $\frac{1}{2}$ der amerikanischen Forderungen zu tragen haben. Diese Summen stellen nur einen kleinen Teil langfristige Anleihen dar, in ihrer Mehrzahl sind es Darlehensschulden und laufende Kredite.

Wirtschaftliche Vereinigungen. Die Industrien der Städte München-Gladbach, Rheidt und Umgebung haben sich zur gemeinsamen Förderung und Vertretung ihrer Interessen zu einem Verein „Industrienohr“ zusammengeschlossen. Damit soll der Gedanke einer Selbstverwaltung der Industriewirtschaft auf territorialer Grundlage praktisch verwirklicht werden, ohne daß die Tätigkeit der Handelskammern, der Fachverbände, der Arbeitergemeinschaften dadurch berührt wird. — Die Unternehmungen läten besser, den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Organisation auf räumlicher Grundlage in die demnach zu bildenden Bezirkswirtschaftsräte zu verlegen, anstatt zu der Unmasse von Interessentenverbänden noch neue hinzuzufügen, die neben den Anderen verlaufen. Man sieht, daß die behördliche „Aberorganisation“ nicht ausreicht, um dem wirtschaftlichen Vereinsbedürfnis gewisser Kreise gerecht zu werden.

Soziales.

Gemeinde-Einkommensteuer.

Durch eine Verordnung vom 20. August 1920, veröffentlicht in Nr. 178 des Reichs-Gesetzblatts, wird bestimmt, daß Gemeinden (Gemeindeverbände) Einkommensteuern im Rahmen des Landes-

rechts noch bis zum 30. September 1920 beschließen können, soweit diese Steuern zur Deckung von Umlagen erforderlich sind, die von weiteren Kommunalverbänden zur Befriedigung von Bedürfnissen des Rechnungsjahres 1919 vor dem 1. Juli 1920 beschließen worden sind. Die Verordnung ist mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getreten.

Für Breußen gilt daneben noch das Gesetz über die Erhebung von Nachtragsumlagen für das Steuerjahr 1919 vom 8. Juli 1920 (Preuß. Gesetz Nr. 84). Danach dürfen Gemeinden (Gemeindeverbände) die vor dem 1. April 1920 für das Steuerjahr 1919 beschlossenen direkten Steuern auch nach dem 1. April 1920 erheben. Der § 6 dieses Gesetzes bestimmt, daß in allen Fällen direkte Steuern für das Steuerjahr 1919 nur erhoben werden dürfen: 1. wenn bis zu dem genannten Zeitpunkt die Veranlagung bekannt gemacht ist, 2. soweit nach den bestehenden Vorschriften Nachveranlagungen zulässig sind.

Aus aller Welt.

Gläserfreunden.

Strasbourg ist als Kongreßstadt Mode geworden in Frankreich. So tagte vor kurzem ein wissenschaftlicher Kongreß. Die da gearbeitet wurde, verrät der „Fischer Kurier“ (Nr. 172). Schon am Nachmittag nach der stark besuchten Eröffnungssitzung fanden wir in den meisten Sektionen kaum ein halbes Duzend Teilnehmer. Am Dienstmittag hatte die Sektion für Unterricht eine öffentliche Sitzung anberaumt und durch die Presse und Maueranschlag zu regem Besuch aufgefordert, um die Frage der Einheitschule zur Diskussion zu stellen. Die Sitzung wurde mit höchstübiger Verspätung eröffnet mit einem Duzend Teilnehmern, wovon 4 aus dem Innern und 8 aus Strasbourg. In der Sektion für Landwirtschaft sahen öfters außer dem Präsidenten 2-3 Zuhörer zu den Füßen des Vortragenden.

Die Strasbourg „Freie Presse“ berichtet von der Gedächtnisfeier auf dem Schlachtfeld von Verdun: Ein Bauernmann blieb, was im Krieg nicht anders üblich ist, mit dem Hut auf dem Kopfe stehen, im Gespräch mit einem Kadaver, während ein militärischer Vorbeimarsch stattfand. Mit blanker Degenspitze stieß ein Offizier nach dem Kopfe des Bauern, ohne indessen sein Ziel zu erreichen. Ein zweiter Offizier kam zu Hilfe und ihm gelang es, ebenfalls mit dem Degen, den Gegenstand des Anstoßes von dem Kopfe des Bauern, der glücklich einer Verwundung entging, herabzuschlagen. Das sozialistische Blatt behauptet, diese Sorte von französischen Offizieren hätte Deimling-Manieren. Es hätte näher gelegen, daß die „Freie Presse“ diese neuen Manieren zu Ehren des französischen Generals ausstellte, Fetter-Manieren genannt hätte.

In allen größeren städtischen Städten und Ortschaften fanden dieser Tage große Versammlungen und Kundgebungen gegen den Krieg statt, veranstaltet von der sozialistischen Partei. Nach der Rühlhauser Versammlung bildete sich ein Umzug, an dessen Spitze ein französischer Soldat mit einer roten Fahne zog. Es kam dabei zu einem Zusammenstoß mit den Gendarmen. Tags darauf regnete es Verhaftungen von Teilnehmern der Kundgebung, darunter ein Redakteur des „Republikaner“ (früher „Mitt. Belg.“). Die Zeitung teilt in Heftdruck mit: Heute morgen gegen 4 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde unser Redaktionskollege Oswald verhaftet und gefesselt, wie ein gemeiner Verbrecher abgeführt. Kerker, Ketten und Ferkeln, das Wahrsprechen und Symbol republikanischer Freiheit! Der Vorstand der sozialistischen Partei in Rühlhausen erklärt, daß der Umzug sich in der friedlichsten Form abgewickelt hätte, wenn die Gendarmen nicht in einer Weise aufgetrieben wäre, die der in der französischen Republik garantierten Freiheit Hohn spricht. Der „Republikaner“ schreibt: „Für eine solche, vom Nationalismus verfechtete Republik! Presse, Gendarmen und Behörde haben sich zu einem Komplott zusammengeschlossen, um dem Rühlhauser Proletariat einen Vorgesmack des wahren Schreckens im reaktionären Frankreich zu geben.“

Es fällt immer wieder auf, daß regierungsgegnerische Blätter von Zeit zu Zeit weiße Stellen aufweisen, wenn sie ihren kritischen Werturteilen aufseher die Jügel schießen lassen wollen. Die Nr. 184 des Rühlhauser „Republikaner“ zeigt in einem Bericht von 18 Seiten über den Demonstrationstag der kriegsfeindlichen Arbeiter 8 aus dem Satz herausgemeißelte Stellen, die offensichtlich auf Befehl der Zensur unterdrückt worden sind.

Ueberschwemmungen in Oesterreich. Infolge des anhaltenden Regens sind einige Nebenflüsse der Donau, wie die Traun und die Enns, über ihre Ufer getreten und haben weite Flächen Land überschwemmt und auch einige Ortschaften, darunter Steyer, teilweise unter Wasser gesetzt. In Wohnungen und Kulturen wurde großer Schaden angerichtet. Die Blätter melden aus Gmund, daß der Kaiseranflug, ein Teil der Spielände und die Tramwaypromenade unter Wasser stehen, doch sei das Wasser im Sinken begriffen.

Keim Rudern ertrunken. Fünf Schweizer Ruderer unternahmen eine Sportfahrt nach Bad Kleinen. Gegen Abend traten sie trotz der Warnung von Insassen eines Segelbootes die Rudertour an. Hinter der Insel Rieps wurden sie von den vorangefahrenen Seglern wiederum gewarnt und sind anscheinend umgekehrt. Montags morgen wurde bei der Goldburg das Boot fischlos treibend aufgefunden. Anschließend haben alle fünf Ruderer den Tod in den Wellen gefunden.

Verkehrsstreik in New York. Die Angestellten sämtlicher Trambahnlinien, Hoch- und Untergrundbahnen New Yorks, haben die Arbeit niedergelegt. Der Streik hemmt den Geschäftsgang außerordentlich.

Bericht, für den redakt. Zell: Dr. Werner Fetter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Elektro-Motore

Leistungs-Dynamos-Drühte, In- und Exzentr. Material samt laufend elektrischer Centrum. (Weg. 4788). Kurze Str. 18 (Weg. 4788).

Verkäufe

Verkauf von... (Text partially obscured)

Möbel-Groß

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5, erst Jahrmann Kredit. Große Auswahl in 1-2-3-Stühlen, Einrichtungsgegenständen, einzelnen Möbeln. 150*

Fahrräder

Fahrräder, Herren- und Damen-... (Text partially obscured)

Musikinstrumente

Musikinstrumente, Klavier, Orgel... (Text partially obscured)

Möbel-Groß

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5, erst Jahrmann Kredit. Große Auswahl in 1-2-3-Stühlen, Einrichtungsgegenständen, einzelnen Möbeln. 150*

Fahrräder

Fahrräder, Herren- und Damen-... (Text partially obscured)

Musikinstrumente

Musikinstrumente, Klavier, Orgel... (Text partially obscured)

Kleine Anzeigen

Im Vorwärts sind nicht nur billig, sondern infolge der hohen Auflage und weiten Verbreitung des Vorwärts in allen Bevölkerungskreisen wirkungsvoll und von bestem Erfolg.

Verkauf

Verkauf von... (Text partially obscured)

Kaufgesuche

Kaufgesuche, gesucht... (Text partially obscured)

Verkauf

Verkauf von... (Text partially obscured)

Kaufgesuche

Kaufgesuche, gesucht... (Text partially obscured)

Verkauf

Verkauf von... (Text partially obscured)